

# Politischer Jahresbericht

## Mittlerer Osten / Beirut 2006/2007



### Regionalbüro Mittlerer Osten, Beirut

Juli 2006-Juli 2007

Layla Al-Zubaidi, Heiko Wimmen

Heinrich-Böll-Stiftung, Middle East Office  
266, Rue Gouraud, Gemmayzeh, Beirut, P.O. Box 175510  
Leitung: Layla Al-Zubaidi  
Fon: +961-1-56 29 26  
Fax: +961-1-56 29 78  
E-Mail: [boell@terra.net.lb](mailto:boell@terra.net.lb)  
homepage: <http://www.boell-meo.org>

#### Inhalt

Zusammenfassung.....	2
1. Regionalbericht Mittlerer Osten.....	2
2. Länderbericht Libanon.....	5
3. Länderbericht Irak.....	8
4. Länderbericht Syrien.....	11
Ausblick.....	14

## Zusammenfassung

Der Zeitraum 2006/07 hat weitere Rückschläge für die in der Folge des Irakkrieges und der „Greater Middle East Initiative“ genährten Hoffnungen auf positive Veränderung in der Region des Nahen und Mittleren Osten gebracht. Der aus israelischer Sicht enttäuschende Ausgang des Krieges mit Hisbollah im Juli/August 2006 hat all diejenigen Kräfte in der Region bestärkt, die auf gewaltsame Auseinandersetzung mit dem jüdischen Staat setzen und eine Wiederbelebung des Friedensprozesses zu torpedieren suchen. Umgekehrt sehen sich Vertreter moderater Positionen und eines friedlichen Ausgleichs in den Augen ihrer (von der anhaltenden Gewalt in den besetzten Gebieten erbitterten) Bevölkerungen durch die „Erfolge“ einer kleinen militanten Organisation diskreditiert („halbe Männer“, in der Diktion des syrischen Präsidenten Baschar Al-Assad).

Alle akuten Konfliktherde in der Region – Palästina, Libanon, Irak – zeigten im vergangenen Jahr eine deutlich ungünstige Entwicklung, die im Irak apokalyptische Ausmaße annimmt. Der immer stärker konfessionelle Charakter des Konfliktes im Irak, die Stärkung der strategischen Position und das zunehmend aggressive Auftreten des Iran sowie die interne Konfrontation im Libanon haben zur Verschärfung schiitisch-sunnitischer Spannungen in der Region geführt.

Internationale Mechanismen und Initiativen zur Konfliktkontrolle und –Beilegung und speziell die westliche Staatengemeinschaft haben umgekehrt durch den Verlauf der Interventionen in Afghanistan und im Irak und das Ausbleiben positiver Einflussnahme auf den Nahost-Friedensprozess weiter an Boden, Einfluss und Glaubwürdigkeit verloren. Dagegen sind Forderungen nach Demokratie und Reform angesichts der zunehmenden Schärfe der regionalen Konflikte und der Notwendigkeit, „moderate“ und prowestliche Regime gegen äußere und innere „Extremisten“ – letztere potentiell identisch mit erheblichen Anteilen der jeweiligen Bevölkerung – zu stützen deutlich seltener aus westlichen Hauptstädten zu vernehmen.

Autoritäre Regime in der Region – allen voran das ägyptische – haben die Gunst der Stunde genutzt und demokratische Zugeständnisse der jüngsten Vergangenheit erneut eingeschränkt. Bedingt durch ein Klima der Angst vor neuerlichen kriegerischen Konflikten in der Region (insbesondere zwischen den USA und/oder Israel und Iran) und vor innerer Destabilisierung wie im Irak stoßen sie dabei auf wenig Widerstand in der arabischen Öffentlichkeit.

## 1. Regionalbericht Naher Osten

Der Nahe Osten blieb im vergangenen Jahr weiter von zum Teil gewaltsamen inneren Konflikten beherrscht. Ethnisch/religiöse Gegensätze und besonders Konflikte zwischen Schiiten und Sunniten gewinnen eine bedrohliche Dynamik, die im Irak und Libanon zu Bürgerkrieg und Staatszerfall führen könnte oder schon geführt hat. Trotz der wachsenden Gefährlichkeit und Aufmerksamkeit für diese Konflikte unternimmt die internationale und besonders die westliche Staatengemeinschaft keine geeigneten Bemühung zu ihrer Kontrolle oder Beilegung und befördert so indirekt die Zunahme von Extremismus, der sich u.a. in einem deutlichen Erstarken von Al-Qaida und ähnlich gesonnenen Organisationen manifestiert. Demokratie- und Reformdiskurse, die noch in den vergangenen zwei Jahren regionale und internationale Foren prägten, haben ebenfalls deutlich an Schwung eingebüßt und es autoritären Regimen ermöglicht demokratische Spielräume erneut einzuschränken.

### Verschärfung ethnisch/religiöser Konflikte

Die bereits im Vorjahr beobachteten verschärften Spannungen zwischen Schiiten und Sunniten haben durch die Ereignisse wei-

tere Nahrung erhalten.<sup>1</sup> Im Irak hat sich die weitere Segregation der Bevölkerung fortgesetzt und wird nun in Bagdad durch eine neue Variante eines „Separation Walls“ visualisiert. Im Libanon hat der lang anhaltende Gegensatz zwischen der wesentlich von Sunniten gestützten Regierung und der mehrheitlich schiitischen Opposition zu einer Aufheizung der inter-konfessionellen Spannungen geführt, die das Land im Januar an den Rande eines neuen Bürgerkrieges brachten. In Syrien bleibt die alawitisch-schiitische Prägung des herrschenden Regimes ein wesentlicher Mobilisierungsfaktor für islamistisch-sunnitische Kräfte, die einzigen ernsthaften Herausforderer des Regimes. Besonders beunruhigt schließlich zeigen sich arabische Staaten mit Anspruch auf eine regionale Führungsrolle wie Ägypten oder Saudi-Arabien – letzteres selbst Heimat einer starken, politisch marginalisierten schiitischen Minderheit – über iranische Ambitionen auf den Status einer regionalen (Nuklear)macht. Sichtbar wurden solche Befürchtungen etwa durch die anfängliche Unterstützung für Israels Versuch zur Ausschaltung der (als verlängerter Arm Irans angesehenen) Hisbollah im Juli/August 2006.

Solche von sunnitisch geprägten Regimen geschürten anti-schiitischen Ressentiments finden jedoch nur ein geringes Echo

<sup>1</sup> Für eine Übersicht über die Diskussion siehe: <http://www.merip.org/mer/mer242/editorial.htm>.

in Gesellschaften ohne nennenswerte schiitische Bevölkerungsanteile (wie etwa Ägypten und Jordanien), in denen konfessionelle Gegensätze keine Relevanz für interne politische Auseinandersetzungen oder Zugang zu und Kontrolle über staatliche Ressourcen und Dienstleistungen haben. Vielmehr überwog während des Libanonkrieges in solchen Staaten eindeutig das national/panarabische Sentiment (Empörung über die empfundene Unverhältnismäßigkeit der israelischen Angriffe, Respekt für die „militärisch-strategischen Leistungen“ der Hisbollah) über konfessionelle Aspekte und waren die konkret sichtbaren Folgen israelischer und amerikanischer Besatzungsregime in Palästina und Irak eindeutig von mehr Konsequenz als ein abstrakt-strategisches Feindbild Iran.<sup>2</sup>

Es bleibt damit unwahrscheinlich, dass die von amerikanischen Außenpolitikern angestrebte Formung einer anti-iranischen Koalition „gemäßiger“ arabischer Staaten<sup>3</sup> mit Hilfe *konfessioneller* Argumente populäre Zustimmung in solchen Staaten gewinnen kann. Dagegen wird eine Verschärfung des Konflikts zwischen einer solchen Staatenallianz und dem Iran und eine Verstärkung anti-schiitischer Rhetorik mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer weiteren Eskalation der konfessionellen Gegensätze im Libanon und im Irak führen; ebenso wie eine weitere Eskalation des sunnitisch-schiitischen Bürgerkrieges im Irak den konfessionellen Konflikt im Libanon weiter anfachen wird.<sup>4</sup>

#### Diskreditierung internationaler Mechanismen und Initiativen

Die Beendigung des Krieges zwischen Israel und der Hisbollah im August 2006 durch UNSC-Resolution 1701 schien zunächst eine Aufwertung der Rolle der internationalen Gemeinschaft als Friedensstifter zu implizieren. Schon allein die Tatsache, dass der Konflikt erst nach über einem Monat beendet werden konnte deutet jedoch auf das geringe Potential an tatsächlicher Einflussnahme auf die Kampfparteien hin. Auch der vergrößerten und „robust“ agierenden UNIFIL ist es in der Folge nicht gelungen, die konstante Verletzung des libanesischen Luftraumes durch Israel oder den Zustrom von Waffen an Hisbollah zu unterbinden.<sup>5</sup> Die Präsenz der internationalen Gemeinschaft im Grenzge-

<sup>2</sup> Amr Hamzawy und Dina Bishara, *Islamist Movements in the Arab World and the 2006 Lebanon War*, Carnegie Paper No. 75, November 2006,

[http://www.carnegieendowment.org/files/cp\\_75\\_hamzawy\\_final.pdf](http://www.carnegieendowment.org/files/cp_75_hamzawy_final.pdf)

<sup>3</sup> David Ignatius, *Rice's Strategic Reset*, Washington Post, 26/01/07,

<http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/01/25/AR2007012501555.html>.

<sup>4</sup> So zeigten z.B. sunnitische Demonstranten während der Krawalle in Beirut im Januar 2007 Porträts des kurz zuvor hingerichteten ehemaligen irakischen Präsidenten Saddam Hussein.

<sup>5</sup> Im Gegenteil nehmen die israelischen Überflüge konstant zu, wie eine Delegation um den stellv. Parteivorsitzenden der Grünen Jürgen Trittin bei einem Besuch des UNIFIL-Hauptquartiers in Nakoura im Juni 2007 erfuhr. Zu Hisbollah siehe u.a. The Daily Star/AFP, *Hisbollah preparing for next war with Israel*, 28/06/2007,

[http://www.dailystar.com.lb/article.asp?edition\\_id=1&categ\\_id=2&article\\_id=83391](http://www.dailystar.com.lb/article.asp?edition_id=1&categ_id=2&article_id=83391); BBC, *Hezbollah's secret nectarines*, 31/05/2007, [http://news.bbc.co.uk/2/hi/programmes/from\\_our\\_own\\_correspondent/6707499.stm](http://news.bbc.co.uk/2/hi/programmes/from_our_own_correspondent/6707499.stm).

biet *reduziert* damit zwar die Gefahr eines neuerlichen Aufflammens des Konfliktes, kann jedoch keine Beseitigung der *Konfliktursachen* leisten.<sup>6</sup>

An allen anderen akuten Krisenherden der Region haben dagegen Bemühungen zur Beilegung oder Kontrolle von Konflikten in den vergangenen Monaten Rückschläge erlitten. Trotz verstärkter NATO-Präsenz in Afghanistan kann die Regierung Karzai weiterhin in weiten Teilen des Landes keine Autorität ausüben und treten Taliban-Milizen zunehmend aggressiver auf.<sup>7</sup> Internationaler Druck konnte weder die Regierungen des Sudan, Syriens oder gar des Iran dazu bewegen, mit den Beschlüssen der internationalen Staatengemeinschaft (bezüglich Darfur, des internationalen Hariri-Tribunals und des iranischen Nuklearprogramms) zu kooperieren. Im Irak schaut die internationale Staatengemeinschaft dem Versinken des Landes in Chaos und Bürgerkrieg weiterhin tatenlos zu und unternimmt keine sichtbaren Versuche, Einfluss auf die amerikanische Strategie auszuüben.

In Palästina hat das internationale Quartett ungeachtet teilweise hochrangiger Absichtserklärungen (u.a. von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und US-Außenminister Rice) keinen erkennbaren Einfluss auf die Entwicklung des Konflikts genommen. Die von Saudi-Arabien gesponsorte Bildung einer nationalen Einheitsregierung führte nicht zur schnellen Aufhebung des Boykotts gegen die Institutionen der palästinensischen Autonomiebehörde; die einseitige Unterstützung der Fatah-Kräfte um Präsident Mahmud Abbas – im klaren Gegensatz zum demokratisch geäußerten Willen der palästinensischen Bevölkerung – beförderte den raschen Zusammenbruch des Kompromisses und den Kollaps der verbleibenden Elemente palästinensischer Selbstverwaltung, so dass auch in den palästinensischen Gebieten nun bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen. Im Libanon schließlich hat der Versuch, die schwer angeschlagene Regierung von Premierminister Fuad Seniora durch internationale Rückendeckung zu halten und kontroverse Entscheidungen mit Hilfe internationaler Mechanismen unter Umgehung der libanesischen Institutionen durchzusetzen, zu einer weitgehenden Lähmung des politischen Systems geführt, das nun akut vom Kollaps bedroht scheint.

<sup>6</sup> Die 2006 bei Angriffen auf Haifa und Safad eingesetzten Raketentypen können auch vom Nordufer des Litani Flusses weite Teile Nordisraels erreichen, während Katjuscha-Kurzstreckenraketen von mobilen Einheiten abgefeuert werden und im Konfliktfall innerhalb kürzester Zeit erneut an der Grenze positioniert werden können. Der derzeitige, auf die Sicherung des Grenzgebiets und die Küstengewässer beschränkte Einsatz der UNIFIL kann damit die strategische Bedrohung Israels nicht grundlegend beseitigen.

<sup>7</sup> Haroun Mir, *Afghanistan is moving backward*, Asia Times, 03/07/07,

[http://www.atimes.com/atimes/South\\_Asia/IG03Df01.html](http://www.atimes.com/atimes/South_Asia/IG03Df01.html); Syed Saleem Shahzad, *NATO fights on all fronts in Afghanistan*, Asia Times, 14/06/07, [http://www.atimes.com/atimes/South\\_Asia/IF14Df02.html](http://www.atimes.com/atimes/South_Asia/IF14Df02.html).

Auf der Gegenseite haben sich Gewicht, Verbreitung und Obstruktionspotential von Staaten wie auch von substaatlichen Organisationen, die den verbliebenen Initiativen zu Friedens- und Konfliktregelung ablehnend gegenüberstehen oder gar die westliche Staatengemeinschaft per se als Feind betrachten im vergangenen Jahr deutlich erhöht. Hisbollah ist in den Augen seiner Anhänger und weiter Teile der Bevölkerungen der „gemäßigten“ Nachbarstaaten als eindeutiger Sieger aus der Konfrontation mit Israel hervorgegangen. Die Attraktivität der Option „Widerstand“ hat damit einen kaum zu überschätzenden Schub erhalten und extremistischen Tendenzen in all diesen Ländern deutlich gestärkt.

Der militärische Verlauf des Konflikts hat zusätzlich das Selbstbewusstsein „extremistischer“ Regime – Syrien und Iran - weiter gestärkt, die solchen Organisationen Schutz und Unterstützung gewähren. Statt zum Ausgangspunkt für Demokratie und Reform hat sich Irak nach Einschätzung amerikanischer Geheimdienste mittlerweile zum regionalen Ausbildungs- und Finanzzentrum der Al-Qaida verwandelt, von wo aus nun u.a. das neuerliche Erstarren der Taliban in Afghanistan unterstützt wird.<sup>8</sup> Einer am 12/07/07 durch CNN öffentlich gemachten Einschätzung amerikanischer Nachrichtendienste zufolge ist Al-Qaida mittlerweile „strongest since September 11, 2001.“<sup>9</sup> Erstaunlich gut bewaffnete Gruppen mit Al-Qaida-Affinität liefern sich seit Mai 2007 Gefechte mit der libanesischen Armee, in Algerien gehen mehre Bombenanschläge auf Militärpersonal auf das Konto der Organisation.

Insgesamt präsentiert sich so ein Bild, in dem die vor allem von der westlichen Staatengemeinschaft getragenen Versuche zu Einflussnahme und Initiativen in Richtung auf Kompromiss und Konfliktbeilegung in der Region zurückgeschraubt oder gleich ganz eingestellt wurden oder aber an Strategien festgehalten wird, deren Unwirksamkeit oder gar Schädlichkeit eindeutig erwiesen scheint. Dagegen erscheinen diejenigen Kräfte, die die verbliebenen Ansätze zu Kompromiss und Ausgleich um jeden Preis zu torpedieren suchen, in ihrer „spoiling power“ gestärkt. Ernsthaftige Ansätze zu einer grundsätzlichen Lösung der mehr und mehr miteinander verketteten Konflikte – etwa die Einberufung einer multinational gesponsorten Nahost-Friedenskonferenz sowie die Initiierung nationaler Ausgleichsprozesse, in die auch ein großer Teil bislang stigmatisierter Kräfte eingebunden werden müsste - sind nicht erkennbar.

<sup>8</sup> Greg Miller, *Iraq a "big moneymaker" for al-Qaida, says CIA*, Los Angeles Times, 20/05/07, abrufbar unter [http://seattletimes.nwsources.com/html/nationworld/2003714521\\_alqaida20.html](http://seattletimes.nwsources.com/html/nationworld/2003714521_alqaida20.html)

<sup>9</sup> CNN, *Government report: Al Qaeda strongest since September 11*, 2001, 12/07/07, <http://www.cnn.com/2007/US/07/11/al.qaeda.report/index.html>

## Weiterer Rückgang des Reform- und Demokratiediskurses

Demokratische Reformprozesse haben in der Region zwischen Sommer 2006 und 2007 weiter an Momentum verloren oder wurden umgekehrt. Die bereits in 2006 erkennbare schrittweise Rücknahme der begrenzten demokratischen Öffnung in Ägypten (von der bei den Parlamentswahlen Ende 2005 vor allem Kandidaten der Muslimbruderschaft profitiert hatten) wurde durch eine Verfassungsänderung im März 2007 fortgeführt, die dem Regime weitere legale Handhabe gegen die Muslimbruderschaft gibt, Kompetenzen zur Bekämpfung des Terrorismus weiter ausweitet und die Überwachung von Wahlen durch unabhängige Richter reduziert – laut Amnesty International „the greatest erosion of human rights in 26 years“.<sup>10</sup> Im März 2007 demonstrierte das Regime weitere Entschlossenheit im Umgang mit unliebsamen Kritikern und verhaftete Aktivisten der Muslimbruderschaft. Blogger und Demokratieaktivisten sind weiterhin willkürlicher Verhaftung und Misshandlungen ausgesetzt,<sup>11</sup> insbesondere im Umfeld politischer Ereignisse wie den Wahlen zur Shura, ein Konsultationsrat ohne praktischen Einfluss, bei denen die Regierungspartei unter den gewohnten Umständen von Einschüchterung und minimaler Wahlbeteiligung einmal mehr einen „überzeugenden“ Sieg erzielte.

„Überzeugen“ konnte auch der syrische Präsident Bashar Al-Assad, jedenfalls in den Augen der regimetreuen heimischen Presse, durch eine Wiederwahl mit mehr als 97 % der abgegebenen Stimmen (bei einer Wahlbeteiligung von mehr als 95 %), mit der seine Amtszeit bis ins Jahr 2014 verlängert wurde.<sup>12</sup> Zwei Monate zuvor hatten bereits Parlamentswahlen die unbestrittene Dominanz der Baath-Partei ein weiteres Mal gefestigt.<sup>13</sup> Parallel setzte das Regime seine Kampagne gegen Oppositionelle und Menschenrechtaktivisten fort und ließ mehrere prominente Aktivisten zu hohen Freiheitsstrafen verurteilen. Aber auch in anderen, zwischenzeitlich als moderate „Erfolgs-Stories“ angesehenen Staaten wie Marokko sind Rückschläge zu verzeichnen; so bezeichnet etwa CPJ Marokko als „one of the world's worst backsliders on press freedom“<sup>14</sup> Im Irak, im Libanon und in Palästina schließlich haben internationale Verwicklung in interne Konflikte diese nahezu unüberbrückbar gemacht und zuvor eindeutig erkennbare Demokratiefortschritte zerstört.

Es kann kein Zweifel bestehen, dass diese Rückschläge zumindest teilweise auf das Zurückfallen demokratischer Reformen auf der Prioritätenliste der westlichen Staatengemeinschaft und insbesondere der USA zurückgeführt werden können. „Egypt Shuts

<sup>10</sup> BBC, *Egypt backs constitutional change*, 19/03/07, [http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle\\_east/6468929.stm](http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/6468929.stm)

<sup>11</sup> Siehe [www.manalaa.net](http://www.manalaa.net) (Arabisch/Englisch).

<sup>12</sup> Albert Aji, *Assad secures seven more years*, Scotsman.com, 30/05/07, <http://news.scotsman.com/topics.cfm?tid=406&id=840902007>.

<sup>13</sup> Links zu diesen Wahlen finden sich unter <http://www.pogar.org/countries/publications.asp?cid=19&tid=3>.

<sup>14</sup> Committee to Protect Journalists, *The Moroccan Facade*, 03/07/07, [http://www.cpj.org/Briefings/2007/morocco\\_07/moroccoweb.html](http://www.cpj.org/Briefings/2007/morocco_07/moroccoweb.html)

Door on Dissent As U.S. Officials Back Away” resümierte etwa der Nahost-Korrespondent der Washington Post Anthony Shadid in einem umfangreichen Artikel am 19. März 2007.<sup>15</sup> Bei Gesprächen einer Delegation der Heinrich-Böll-Stiftung in der Brookings Institution in Washington im März 2007 beschrieb Demokratisierungsexpertin Tamara Cofman-Wittes das Dilemma der Administration wie folgt: “When you have to rely on these Arab autocrats, for example to cobble together a coalition against Iran, then democracy promotion may look like a luxury that you can’t afford.”<sup>16</sup>

Thomas Carothers vom Carnegie Endowment for International Peace schließlich hält die Vorstellung, die Bush-Administration habe sich jemals auf einen „Kreuzzug für Demokratie“ begeben, grundsätzlich für einen „Mythos“: “Even at its peak in 2004–2005, this push for change among America’s autocratic friends in the region was nonetheless relatively weak (...) In the past two years, the desire for stability has fully eclipsed the impulse for change. Whereas in June 2005 when Condoleezza Rice was in Cairo she forthrightly spoke about the United States’ interest in Egypt’s democratic progress, she never even mentioned democracy or human rights during her trip there in January, despite Egypt’s ongoing political crackdown.”<sup>17</sup>

Solche Einschätzungen werden von arabischen Menschenrechts- und Demokratieaktivisten wahrgenommen und geteilt: „Diese Entwicklung hat einer Anzahl von Regimen eine goldene Chance geboten: endlich befreit vom Druck auf Reform und Respekt für Menschenrechte, haben sie keine Zeit verloren, ihre Gesellschaften als untauglich für Demokratie vorzustellen, Reformvorhaben zu verleumden und durch Verweis auf gesellschaftliche Gegensätze eine Kultur der Angst vor Veränderung zu verbreiten.“<sup>18</sup>

Im Resultat hat der mit großer Fanfare vorgetragene Demokratie- und Reformdiskurs dem erklärten Ziel eher geschadet. Langfristige Aufbauarbeit, durch die zivilgesellschaftliche Akteure Glaubwürdigkeit aufbauen und Freiräume etablieren konnten wurde von kurzfristigen Initiativen überschattet, deren Wirksamkeit versierte Staatsbürokratien leicht ins Leere laufen ließen. Die Verknüpfung der Reformagenda mit dem – in der arabischen Welt mittlerweile restlos diskreditierten – „War on Terror“ arbeitete der Strategie der Regime in die Hände, Aktivisten für Demokratie und Reform als Klienten ausländischer Interessen zu diskreditieren. Diese negativen Rückwirkungen treffen in erster Linie amerikanische Organisationen und deren lokale Partner,<sup>19</sup>

<sup>15</sup> [http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/03/18/AR2007031801196\\_pf.html](http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/03/18/AR2007031801196_pf.html)

<sup>16</sup> Konversation in der Brookings Institution, Washington, 21/03/07.

<sup>17</sup> Thomas Carothers, *The Democracy Crusade Myth*, National Interest, 07/01/07, <http://www.nationalinterest.org/Article.aspx?id=14826>.

<sup>18</sup> Akram Al-Bunni, *Verteidigung der Demokratie*, Al-Hayat 24/06/07 (Arabisch).

<sup>19</sup> Informationen aus Kreisen arabischer CSOs zufolge verzichteten amerikanische Geldgeber wie MEPI, NDI oder USAID mittlerweile bereitwillig auf Erwähnung in Publikationen um so eine Diskreditierung ihrer Partnerorganisationen zu vermeiden. In einem konkreten

dagegen bleibt die Einstellung zur Zusammenarbeit mit europäischen Initiativen weiter positiv, auch wenn die Beteiligung Europas am Boykott der demokratisch gewählten Regierung Palästinas als klarer Widerspruch erkannt und kritisiert wird. Die Enttäuschung der geweckten Hoffnungen auf raschen Wandel und die wachsende Furcht vor zukünftigen internen oder regionalen Konflikten haben jedoch das Interesse an öffentlicher Diskussion und die Motivation für Aktivismus mindestens so stark gedämpft wie die wieder steigende Furcht vor staatlicher Repression.

## 2. Länderbericht Libanon<sup>20</sup>

Nach dem Krieg zwischen Hisbollah und Israel im Juli/August 2006 sah sich Libanon vor der erheblichen Herausforderung, die enormen Kriegsschäden rasch zu beheben, neues Vertrauen in Ökonomie und Stabilität zu erzeugen und einen innenpolitischen Konsens über den Umgang mit der neuen Situation zu erarbeiten. Stattdessen bleibt das Land weiter in den unvereinbaren innen- und außenpolitischen Gegensätzen seiner politischen Akteure und den Spannungen der Region gefangen. Ein Jahr nach dem Krieg sind die meisten Institutionen des Staates gelähmt, drohen Staatszerfall und Bürgerkrieg und steht die libanesische Wirtschaft – insbesondere die lebenswichtige Tourismusindustrie – mit dem Rücken zur Wand.

### Vom äußeren zum inneren Konflikt

Nach kurzfristiger nationaler Soldarisierung hat der Krieg zwischen Hisbollah und Israel im Juli/August 2006 die bereits seit Ende 2005 andauernden Spannungen zwischen der Regierungsmehrheit<sup>21</sup> (Sunniten vertreten durch das Future-Movement der

---

Fall begründeten Antragsteller einer etablierten libanesischen CSO ihr Interesse an einer Zusammenarbeit mit der hbs mit der Absicht zukünftig keine Förderung aus amerikanischen Quellen mehr zu akzeptieren.

<sup>20</sup> Für eine detaillierte Darstellung des innerlibanesischen Konflikts siehe auch: Heiko Wimmen, *Cedar Revolution Reloaded - Lebanon between Internal Paralysis and Regional Confrontation*, 05/02/07, <http://www.boell-meo.org/en/web/410.htm>). Für eine Darstellung der ökologischen Langzeitfolgen des Krieges sowie des Problems der von der israelischen Armee in hoher Zahl verschossenen Streubomben siehe hbf-meo, *Environmental Impact of the 2006 Lebanon War*, 16/10/06, <http://www.boell-meo.org/en/web/386.htm>

<sup>21</sup> Bedingt durch das sein komplexes System konfessioneller Machtteilung ist der Libanon prinzipiell nur im Konsens der wichtigsten politischen Kräfte regierbar. Libanesische Regierungen beinhalten daher meist einen weiten Querschnitt oft gegensätzlicher politischer Kräfte. Entsprechend wurden Hisbollah und Amal nach den Wahlen im Sommer 2005 mit mehreren Ministerämtern an der Regierung beteiligt. Von „Regierung“ und „Opposition“ im eigentlichen Sinne kann daher erst seit dem Rücktritt dieser Minister im November 2006

Hariri-Familie, Drusen vertreten durch die Sozialistische Partei von Walid Jumblat, eine Minderheit der Christen vertreten durch die Lebanese Forces unter Samir Geagea und die „Phalange“-Partei der Gemayel-Familie) und der Opposition (Schiiten vertreten durch Hisbollah und die Amal-Bewegung von Parlamentspräsident Nabih Berri, Mehrheit der Christen vertreten durch Michel Aouns „Free Patriotic Movement“) weiter zugespitzt.

Während die Regierungsmehrheit Hisbollah die Verantwortung für Krieg und Zerstörung zuweist und die Schiitenpartei als Vertreter syrischer und iranischer Interessen sieht, verdächtigt die Opposition die Regierungsmehrheit der Kollaboration mit den israelisch/amerikanischen Kriegsplänen<sup>22</sup> und unterstellt ihr die Absicht, im Auftrage der USA auf die Stationierung internationaler Truppen (die dann Hisbollah entwaffnen sollen) und die Verwandlung des Libanon in ein UN-Protectorat hinzuarbeiten.<sup>23</sup> Entsprechend verlangt Hisbollah eine Sperrminorität innerhalb einer „Regierung der nationalen Einheit“, mit deren Hilfe politische Entscheidungen verhindert werden sollen, die ihre militärische Bewegungsfreiheit einschränken könnten. „Now we are demanding a greater share of cabinet posts because our experience during the war and the performance of the government has made us unsure. On several occasions they pressured us to lay down our weapons while we were fighting the war. So after the war, we had no choice but to demand this guarantee that would give us legal and constitutional strength.“<sup>24</sup>

Eine Reihe von Kompromissvorschlägen zur Auflösung der Blockade wurden seit Beginn der Krise öffentlich diskutiert, scheiterten jedoch sämtlich an der Unnachgiebigkeit der Kontrahenten, die darin erkennbar von ihren jeweiligen regionalen und internationalen Verbündeten bestärkt werden. „Just like in the seventies, Lebanon’s role as proxy battleground for outside powers is in a tug of war between various political actors that define the new political scene in the country (...) Lebanon is being pushed back

gesprochen werden.

<sup>22</sup> Umfragen im August 2006 zufolge waren zwei Drittel der Libanesen der Ansicht, dass Israel einen Angriff auf Hisbollah schon lange geplant habe und die Entführung zweier israelischer Soldaten im Juli nur einen willkommenen Vorwand zur Umsetzung dieser Pläne bot. Knapp die Hälfte der Befragten war der Ansicht, dass einige libanesischen Politiker über die israelischen Kriegspläne im vorab informiert waren. Siehe Information International – *Lebanese Divided behind their Leaders on Critical Matters*, September 2006

<http://www.information-international.com/pdf/iipolls/lebanese%20divided/Pages%20from%20Sep06-issu51-en.pdf>

<sup>23</sup> International Crisis Group, *Lebanon at a Tripwire*, Middle East Briefing #20, <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=4586&l=1>.

<sup>24</sup> Hisbollah Politbüro-Mitglied Mahmoud Qumati in einem Interview mit Associated Press, zitiert in Amal Saad-Ghorayeb, *In Their Own Words: Hizballah’s Strategy in the Current Confrontation*, Carnegie Policy Outlook, January 2007, [http://www.carnegieendowment.org/files/saadghorayeb\\_hizbollah\\_fi nal.pdf](http://www.carnegieendowment.org/files/saadghorayeb_hizbollah_fi nal.pdf).

into the role of proxy, only this time to host the showdown between the US and Iran.“<sup>25</sup>

Die Motive des *christlichen* Teils der Opposition konzentrieren sich dagegen auf die ihrer Ansicht nach unangemessene Repräsentation der libanesischen Christen im Parlament. Bedingt durch die Zuschneidung der Wahlkreise bei den Parlamentswahlen im Sommer 2005 wurde lediglich ein knappes Drittel der christlichen Abgeordneten in mehrheitlich christlichen Wahlkreisen gewählt,<sup>26</sup> während der Rest auf muslimische Stimmen angewiesen war – d.h., in der Mehrheit der Fälle, auf die Unterstützung des sunnitischen Hariri-Blocks.<sup>27</sup> Aus Sicht der Aoun-Partei (die bei den Wahlen eine eindeutige Mehrheit der christlichen Stimmen erhielt) repräsentieren daher die Christen des Regierungslagers<sup>28</sup> nur eine kleine Minderheit ihrer eigenen Gemeinschaft und sind überdies Klienten des Hariri-Clans, d.h. der Sunniten. Die zunehmende Dominanz von Sunniten im Staatsapparat und besonders in den Sicherheitskräften (bedingt durch Klientelismus und das Bestreben der Regierung, zuvor pro-syrisch ausgerichtete Apparate mit eigenen Loyalisten zu durchsetzen) und einige Fälle bemerkenswerter politischer Instinktlosigkeit (wie etwa die versuchte Abschaffung des Karfreitags als gesetzlicher Feiertag) haben die Glaubwürdigkeit der christlichen Regierungsmitglieder in ihrer eigenen Gemeinschaft weiter unterminiert. Mit viel Wirkung schließlich attackieren die Aounisten Missmanagement, Korruption und Nepotismus auf der Regierungsseite.<sup>29</sup>

### Regierungskrise und institutionelle Blockade

Der Konflikt eskalierte schließlich über die Etablierung des Internationalen Gerichtshofes zur Verurteilung der Hariri-Mörder. Aus Sicht der Regierungsmehrheit wird das Verfahren zwangsläufig – unbeachtlich des eher bescheidenen Gehalts der bislang bekannten Ermittlungsergebnisse – auf Vorladungen und Ankla-

<sup>25</sup> Oussama Safa, *Lebanon’s Future at a Crossroads*, Arab Reform Initiative, 26/06/07 <http://www.arab-reform.net/spip.php?article867>.

<sup>26</sup> Das ursprünglich im Jahre 2000 durch den syrischen Geheimdienstchef im Libanon Ghazi Kenaan ausgearbeitete Gesetz zielte erkennbar darauf, einen möglichst großen Teil der notorisch anti-syrischen christlichen Bevölkerung in Wahlkreise mit verlässlich pro-syrischen Mehrheiten (zu denen damals noch die Gefolgsleute Hariris zählten) zusammenzufassen und so zu neutralisieren.

<sup>27</sup> In einigen Fällen waren es jedoch Wähler der Hisbollah – die vor den Wahlen ein taktisches Bündnis mit dem jetzigen Regierungslager eingegangen war – die den Ausschlag gegen Aouns Kandidaten gaben.

<sup>28</sup> Verstärkt wird der Gegensatz durch die Rivalität zwischen Michel Aoun und Lebanese Forces – Führer Samir Geagea um die Führungsrolle im christlichen Lager sowie Aouns erklärte Ambitionen auf das (für maronitische Christen reservierte) Präsidentenamt.

<sup>29</sup> Klientelismus ist im Libanon systemisch und ein etabliertes Mittel zur Sicherung politischer Loyalität. Der Hariri-Block ist jedoch bedingt durch die soziale Struktur seiner Basis – vornehmlich untere Mittelklasse mit vergleichsweise geringem Bildungsniveau und traditionell starker Orientierung auf staatliche Dienstleistungen und Jobs – besonders stark auf den Unterhalt von Patronagestrukturen angewiesen. Umgekehrt garantiert die soziale Zusammensetzung der Aoun-Bewegung – gut ausgebildete Mittelschicht – eine hohe Präferenz für Meritokratie.

gen gegen hochrangige Vertreter der syrischen Geheimdienste und des Regimes zulaufen, die so von weiterer Einflussnahme und neuen politischen Morden abgeschreckt werden sollen. Hisbollah und ihr strategischer Verbündeter Syrien erwarten dagegen eine „Politisierung“ des Verfahrens, d.h. amerikanischen Druck auf den Gerichtshof, seine Ermittlungen alleine und auch ohne zwingende Beweise auf die Spitzen des syrischen Regimes zu konzentrieren, um so Damaskus Zugeständnisse in anderen Bereichen (z.B. Zufluss von Waffen an Hisbollah) abzunötigen.<sup>30</sup>

Als schließlich für den 13. November eine Kampfabstimmung über die Ratifizierung des Tribunals angesetzt wurde traten alle schiitischen Minister geschlossen zurück. Präsident Emile Lahoud (der als Parteigänger der Opposition und enger Gefolgsmann des syrischen Präsidenten Baschar Al-Assad gilt) erklärte daraufhin das Rumpfkabinett von Ministerpräsident Fuad Seniora wegen fehlender schiitischer Beteiligung für verfassungswidrig. Lahoud und Parlamentspräsident Berri boykottieren seitdem die Regierung und verweigern die Bearbeitung von Kabinettsbeschlüssen und Gesetzesvorlagen. Der Gegensatz zwischen den verfeindeten Lagern hat damit zu einer völligen Blockade der politischen Institutionen geführt. Als Folge des konfessionellen Systems von *Checks and Balances* können sowohl der Präsident der Republik als auch der Parlamentspräsident – und erst recht wenn beide an einem Strang ziehen – nahezu jede Entscheidung der libanesischen Regierung auf unbestimmte Zeit blockieren.

### Konstitutionelle Sackgasse und drohender Staatszerfall

Ab Dezember 2006 versuchte die Opposition, ihre Forderung nach einer „Regierung der Nationalen Einheit“ und möglichen Neuwahlen durch Großdemonstrationen und ein bis heute andauerndes „Sit-In“ im Stadtzentrum durchzusetzen. Die Präsenz Zehntausender schiitischer Demonstranten im Stadtzentrum führte jedoch zu einer dramatischen Verschärfung der konfessionellen Spannungen. „Das Verhältnis zwischen Schiiten und Sunniten im Libanon hat eine sehr gefährliche Wendung genommen. Die Zahl der Schiiten und Sunniten, die sich nur noch durch ihre Konfession definieren und darin von den Klerikern angestachelt werden, nimmt täglich zu... es muss befürchtet werden, dass die beiden Gruppen ebenso wenig Vernunft besitzen wie ihre Glaubensbrüder in anderen arabischen Staaten [Irak], wo der Bruderkrieg in seiner scheußlichsten Form wütet.“<sup>31</sup>

Am 25. Januar 2007 schließlich entlud sich der Gegensatz in sunnitisch-schiitischen Straßenschlachten am südlichen Stadtrand von Beirut. Seitdem haben beide Seiten von neuen Massen-

<sup>30</sup> Für eine detaillierte Diskussion des Tribunals im Kontext des innerlibanesischen Machtkampfes siehe Nadim Shehadi and Elizabeth Wilmshurst, *The Special Tribunal for Lebanon: The UN on Trial?* Chatham House Middle East/International Law Briefing Paper 07/01, Juli 2007, [http://www.chathamhouse.org.uk/publications/papers/download/\\_/id/512/file/10088\\_bp0707lebanon.pdf](http://www.chathamhouse.org.uk/publications/papers/download/_/id/512/file/10088_bp0707lebanon.pdf).

<sup>31</sup> Satieh Noureddine, *Wider dem Bruderkrieg*, As-Safir, 20/11/06 (Arabisch).

kundgebungen abgesehen, die staatlichen Institutionen bleiben jedoch ebenso gelähmt<sup>32</sup> wie die kommerzielle Aktivität im Stadtzentrum. Wichtige Entscheidungen können nur noch mit Hilfe ausländischer Intervention (UNSC-Resolution zur Etablierung des Internationalen Gerichtshofes statt Ratifizierung im libanesischen Parlament) oder unter Umgehung des konstitutionellen Prozesses (Anberaumung von Nachwahlen zum Parlament ohne die geforderte Unterschrift des Präsidenten) durchgeführt werden und tragen so weiter zur Vertiefung der Gegensätze bei.<sup>33</sup>

Eine weitere ernsthafte Krise droht für den Herbst falls es sich (wie allgemein erwartet) als unmöglich erweisen sollte, einen konsensfähigen Nachfolger für Präsident Emile Lahoud zu finden, dessen Amtszeit im November abläuft. Nach „traditioneller“ Auslegung der Verfassung ist für die Wahl des Präsidenten ein Quorum von zwei Dritteln (86 Abgeordnete) erforderlich, während die Regierung lediglich über 69 Abgeordnete verfügt. Ganz ähnlich wie kürzlich in der Türkei kann die Opposition damit die Wahl eines Präsidenten durch schlichtes Nicht-Erscheinen verhindern. Vereinzelt Vorstöße zur Durchführung der Wahl auch ohne Quorum sind auf breite Ablehnung auch über die Reihen der Opposition hinaus gestoßen; ein solches Vorgehen wäre ein extremer Affront gegen etablierte politische Prinzipien und erscheint eher unwahrscheinlich.

Falls kein Präsident gewählt werden kann, fallen die Kompetenzen des Präsidenten nach Ablauf seiner Amtszeit der Regierung zu, also Ministerpräsident Fuad Seniora. Präsident Lahoud hat bereits angekündigt, in diesem Fall eine Übergangsregierung per Dekret einzusetzen oder das Parlament aufzulösen und Neuwahlen anzusetzen. Beide Schritte erscheinen verfassungsrechtlich zweifelhaft; dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich im Libanon Ende 2007 zwei Regierungen und vielleicht auch zwei Parlamente gegenseitig die Legitimität abstreiten werden. In jedem Falle ist ohne einen substantiellen politischen Kompromiss mit einem weiteren Zerfall der staatlichen und politischen Strukturen und Institutionen zu rechnen.

Im Mai 2007 erhielt die ohnehin bereits komplexe libanesischen Konfliktlage durch den Ausbruch von Kämpfen zwischen der libanesischen Armee und der Al-Qaida-nahen Gruppierung „Fatah Al-Islam“<sup>34</sup> eine neue Dimension. Nach über einem Monat

<sup>32</sup> Bereits im Frühjahr 2006 wurden auf Initiative der Regierungsmehrheit sämtliche Richter des *Verfassungsgerichts* entlassen und bis heute keine neuen Richter ernannt. Unter den unbearbeiteten Fällen befinden sich u.a. 11 Einsprüche gegen die Ergebnisse der Wahlen von 2005; eine Verhandlung dieser Einsprüche könnte die knappe Mehrheit der Regierung im Parlament gefährden.

<sup>33</sup> Siehe Paul Salem, *Lebanon Resists Security Threats but Must Revive National Unity Government*, 26/06/07. [http://www.carnegieendowment.org/files/SalemCommentaryjune07\\_formatted.pdf](http://www.carnegieendowment.org/files/SalemCommentaryjune07_formatted.pdf)

<sup>34</sup> Fatah Al-Islam ist eine Abspaltung der palästinensischen Gruppierung Fatah Al-Intifada. Bei der Mehrheit der bislang identifizierten Kämpfer handelt es sich jedoch nicht um Palästinenser sondern um Staatsbürger verschiedener Golfstaaten, besonders Saudi-Arabien. Siehe Mahan Abedin, *Lebanon faces prolonged turmoil as the fragile*

anhaltender Kämpfe und über 100 Todesopfern in den eigenen Reihen ist es der Armee bislang gelungen, die Kämpfer der Fatah Al-Islam ins Zentrum des Lagers Nahr Al-Bared bei Tripoli zurückzudrängen, jedoch nicht, diese zur Aufgabe zu bewegen. Weitere al-Qaida nahe Zellen wurden im Nordlibanon entdeckt; die Lage im südlichen Lager Ain El-Helwe – mit ebenfalls starken islamistischen Gruppierungen – bleibt gespannt.

Mit den Kämpfen in Nahr Al-Bared haben auch die Terroranschläge wieder begonnen, die vorläufig in der Ermordung des Abgeordneten Walid Eido (Hariri-Block) und dem Anschlag auf UNIFIL-Truppen im Süden gipfelten; letzterer wird ebenfalls radikal-sunnitischen Kräften mit Verbindungen zu Al-Qaida zugeschrieben.<sup>35</sup> Die Regierungsseite sieht darin wiederum eine konzertierte, aus Damaskus gesteuerte Operation zur generellen Destabilisierung des Landes (und zur „Eliminierung“ ihrer parlamentarischen Mehrheit, im wörtlichen Sinne). Zugleich verstärken sich die Anzeichen, dass mehr und mehr politische Gruppierungen die Fortdauer der politischen Gewalt zum Anlass nehmen, den Aufbau zumindest leicht bewaffneter „Sicherheitsdienste“ voranzutreiben, während die Rekrutierungs- und Beförderungspolitik der vergangenen zwei Jahre weite Teile der Sicherheitskräfte in „loyale“, d.h. vornehmlich sunnitische Einheiten verwandelt haben soll. "All the parties have started again to be armed, as if we had gone back more than 20 years and learned nothing."<sup>36</sup>

Libanon steht damit an einem Scheideweg: nach einer Phase anhaltender Instabilität und innerer Blockade besteht nun die akute Gefahr, dass fundamentale Differenzen besonders über die außenpolitische Orientierung des Landes zum Zerfall der politischen Institutionen führen könnten. Zwar schließen nach wie vor alle politischen Akteure Gewaltanwendung als politisches Mittel aus; widerstreitende Loyalitäten und der befürchtete Zusammenbruch institutioneller Legitimität bedrohen jedoch potentiell auch die Integrität und die Kommandostrukturen der Sicherheitskräfte und könnten einen Zerfall des staatlichen Gewaltmonopols einleiten. Während ein Großteil der Verantwortung für die politische Sackgasse sicher in den Kompromissunfähigkeit der beiden politischen Lager zu suchen ist, stehen auch die internationalen und regionalen Alliierten der libanesischen Kampfahne in der Verantwortung: Gegen den Willen von jeweils gut der Hälfte seiner Bevölkerung kann Libanon weder Mitglied einer „Allianz gegen den Extremismus“ noch Teil einer „Front gegen amerikanisch-israelische Hegemonie“ werden. "The international community must be careful not to break Lebanon in the process of trying to

---

*state fails to quash extremist challenge*, 01/07/07  
[http://www.saudidebate.com/index.php?option=com\\_content&task=view&id=828&Itemid=123](http://www.saudidebate.com/index.php?option=com_content&task=view&id=828&Itemid=123)

<sup>35</sup> As-Safir, 03/07/07 (Arabisch), abrufbar in englischer Zusammenfassung unter

[http://yalibnan.com/site/archives/2007/07/salafi\\_ring\\_beh\\_1.php](http://yalibnan.com/site/archives/2007/07/salafi_ring_beh_1.php)

<sup>36</sup> Kardinal Nasrallah Boutros Sfeir, spirituelles Oberhaupt der maronitischen Gemeinschaft im Libanon, 25. Februar 2007,

[http://www.catholic.org/international/international\\_story.php?id=23185](http://www.catholic.org/international/international_story.php?id=23185); siehe auch [http://www.mideastmonitor.org/issues/0705/0705\\_1.htm](http://www.mideastmonitor.org/issues/0705/0705_1.htm).

fix it. Political unity is the key to stability, and pushing the country too far will exacerbate internal divisions and ultimately prove counterproductive."<sup>37</sup>

### 3. Länderbericht Irak

Die Situation im Irak hat im vergangenen Jahr eine Wendung zum Schlechteren genommen, die Züge einer Katastrophe annimmt. Sicherheitslage und Lebensverhältnisse der irakischen Bevölkerung haben ein weiteres Tief erreicht; der ethnisch-konfessionelle Gegensatz gleicht heute einem Bürgerkrieg. Nach zunehmend scharfer interner Kritik hat die US-Regierung nun einzelne Elemente ihrer Strategie modifiziert; Kritiker halten jedoch eine radikale Umorientierung für nötig falls noch ein Ausweg aus dem Desaster gefunden werden soll.

#### Ein neuer Tiefpunkt

Offizielle US-amerikanische Stellungnahmen zu Irak haben in der zweiten Jahreshälfte 2006 ihren zuvor ungebrochen optimistischen Tenor erkennbar modifiziert. Wachsende Unzufriedenheit über den Verlauf des Krieges wird als Ursache der empfindlichen Niederlage der Republikaner bei den Kongresswahlen im November 2006 angesehen. Der im Dezember 2006 veröffentlichte „Baker-Hamilton Report“ empfahl substantielle Änderungen der Irak-Strategie, Gespräche einer Stiftungsdelegation mit amerikanischen Think Tanks und Experten (u.a. den Koordinatoren der Iraq Study Group) im Frühjahr 2007 vertieften den Eindruck, dass eine große Mehrheit des institutionellen Washington nicht mehr an einen Erfolg im Irak glaubt. Unabhängige Expertenberichte beschreiben die Situation mit dramatischen Formulierungen: „Iraq is in the midst of a civil war. But before and beyond that, Iraq has become a failed state – a country whose institutions and, with them, any semblance of national cohesion, have been obliterated.“<sup>38</sup>

Solchen Berichten zufolge üben weder die Streitkräfte der (zwischenzeitlich erheblich geschrumpften) internationalen Koalition noch die amtierende Regierung von Premierminister Nouri El-Maliki Autorität über einen Großteil des Irak aus. Dieses gilt nicht nur für die in den Medien stets präsenten Zentren gewalttätiger Auseinandersetzungen wie Bagdad und die Provinzen Anbar und Diyala, sondern ebenso für weniger beachtete Regionen wie z.B. Basra.<sup>39</sup> Insgesamt werden weite Teile des Irak von instabilen Konfigurationen lokaler Milizen und tribaler Bündnisse be-

---

<sup>37</sup> Paul Salem, *The Future of Lebanon*, Foreign Affairs 85 (6), 2006, abrufbar unter

<http://www.carnegieendowment.org/files/PaulSalemArticle.pdf>

<sup>38</sup> International Crisis Group: *Where Is Iraq Heading? Lessons from Basra*, Middle East Report N°67, 25 June 2007,

<http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=4914&l=1>.

<sup>39</sup> Gleiche Quelle.



herrscht, die oftmals staatliche Strukturen, Institutionen und Ressourcen unter ihre Kontrolle gebracht haben und so para-staatlichen Status erreicht haben. „Iraq has fractured into regional power bases. Political, security and economic power has devolved to local sectarian, ethnic or tribal groupings. The Iraqi government is only one of several ‚state-like‘ actors.“<sup>40</sup>

Die Lebenssituation der irakischen Bevölkerung hat sich entsprechend im vergangenen Jahr weiter dramatisch verschlechtert. Neben politischer Gewalt sind Iraker unkontrollierter Kriminalität (besonders Entführungen zur Erpressung von Lösegeld) ausgesetzt. 100 % (!) aller Einwohner Bagdads habe Gewaltakte in ihrer unmittelbaren Umgebung erlebt, 77 % berichten von wenigstens einem Bekannten oder Verwandten, der von Gewalt direkt betroffen war (landesweit liegen diese Quoten bei 80 bzw. 53 %, mit deutliche geringeren Werten für die kurdischen Gebiete).<sup>41</sup> Die Iraker klagen vier Jahre nach dem Krieg über unerträgliche Lebensverhältnisse (70 % sind ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser, Elektrizität ist in vielen Teilen Bagdads weniger als eine Stunde täglich verfügbar<sup>42</sup>) und Armut (Durchschnittseinkommen von mittlerweile weniger als 500 Dollar jährlich, Arbeitslosenrate zwischen 60 und 70 %<sup>43</sup>). Mehr als zwei Millionen Iraker haben seit 2003 das Land verlassen.<sup>44</sup>

### Ethnisch-konfessionelle Gewalt

Gezielt und erkennbar ethnisch-konfessionell motivierte Gewalt – zum Teil unter Beteiligung schiitisch dominierter Einheiten des Innenministeriums - hat insbesondere seit dem Bombenanschlag auf das schiitische Heiligtum von Samarra im Februar 2006 den bereits durch die polarisierenden Wahlen und den Verfassungsprozess im Jahre 2005 aufgebauten Gegensatz zwischen sunnitischen und schiitischen Irakern weiter verschärft und in vielen Regionen zu einer gewaltsamen Entmischung des irakischen Bevölkerungsmosaiks geführt, die zunehmend mit den „ethnischen

<sup>40</sup> Gareth Stansfield, *Accepting Realities in Iraq*, Chatham House Middle East Programme Briefing Paper 07/02, May 2007, [http://www.chathamhouse.org.uk/publications/papers/download/-/id/501/file/9934\\_bpiraq0507.pdf](http://www.chathamhouse.org.uk/publications/papers/download/-/id/501/file/9934_bpiraq0507.pdf).

<sup>41</sup> Gemeinsame Umfrage von ABC News/USA Today/BBC/ARD, publiziert 19/03/07, abrufbar unter <http://www.factcheck.org/UploadedFiles/1033aIraqpoll.pdf>.

<sup>42</sup> BBC, *Monitoring the surge*, 06/07/07, [http://news.bbc.co.uk/2/hi/in\\_depth/middle\\_east/2007/iraq\\_surge/default.stm](http://news.bbc.co.uk/2/hi/in_depth/middle_east/2007/iraq_surge/default.stm).

<sup>43</sup> Tom Engelhardt, *Surging past the gates of hell*, Asia Times, 29/06/07, [http://www.atimes.com/atimes/Middle\\_East/IF29Ak01.html](http://www.atimes.com/atimes/Middle_East/IF29Ak01.html); Sinan Salaheddin, *Thousands crowd Baghdad job fair as Iraqis face 60-70 percent unemployment rate*, AP 11/07/07, abrufbar unter <http://www.napavalleyregister.com/articles/2007/07/11/news/national/doc469473f37bf3c127799393.txt>

<sup>44</sup> Nir Rosen, *The Flight from Iraq*, The New York Times Magazine, 13/05/07, abrufbar unter [http://www.newamerica.net/publications/articles/2007/the\\_flight\\_from\\_iraq\\_5330](http://www.newamerica.net/publications/articles/2007/the_flight_from_iraq_5330).

Säuberungen“ im ehemaligen Jugoslawien verglichen wird. Internationalen Umfragen zufolge haben landesweit 15 % aller Iraker ihren Wohnsitz aus Angst vor ethnisch/religiöser Gewalt gewechselt, 12 % haben ethnisch/religiöse Säuberungen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft beobachtet; im (vormals) multiethnischen Bagdad liegen diese Quoten bei 35 bzw. 31 %.<sup>45</sup> Versinnbildlicht wird der konfessionelle Gegensatz mittlerweile durch einen fünf Kilometer langen, vier Meter hohen Betonwall, der von Einheiten der Koalitionstruppen zum „Schutz“ der dortigen sunnitischen Bevölkerung um den Bagdader Stadtteil Adhamiyah errichtet wurde.<sup>46</sup> Knapp zwei Millionen Iraker sind neuesten Zahlen zufolge *innerhalb* des Irak auf der Flucht (zumeist vor ethnisch/konfessioneller Gewalt).

Ähnlich wie einst auf dem Höhepunkt des Bosnienkrieges mehrten sich angesichts der desolaten Situation Stimmen, die ethnisch/religiöse Homogenität als einzigen Ausweg ansehen und entsprechend nun offen die Teilung des Landes in drei ethnisch/konfessionell (schiitisch-arabisch, sunnitisch-arabisch, kurdisch) definierte Entitäten als Ausweg vorschlagen. „If the U.S. troop surge, and the related effort to broker political accommodation through the existing coalition government of Prime Minister Nuri al-Maliki fails, soft partition may be the only means of avoiding an intensification of the civil war and growing threat of a regional conflagration. While most would regret the loss of a multi-ethnic, diverse Iraq, the country has become so violent and so divided along ethno-sectarian lines that such a goal may no longer be achievable.“<sup>47</sup>

Unklar bleibt hier nicht nur, wie eine „weiche“ Teilung des Irak ohne weitere (und vermutlich gewaltsame) ethnische Säuberungen und Konflikte um umstrittene Gebiete (besonders Kirkuk) und Ressourcen (Öleinnahmen) durchgeführt werden soll, sondern auch, wie in den dann „homogenisierten“ Gebieten Milizen entwaffnet, inner-sunnitische, inner-schiitische und potentiell auch inner-kurdische Konflikte<sup>48</sup> entschärft werden und schließlich, wie eine weitere Verwicklung benachbarter Staaten mit ethnisch-religiöser Affinität zu Gruppen im Irak (Türkei, Iran, Saudi-Arabien) vermieden werden soll. Allein die Tatsache, dass solche Konzepte mittlerweile in einflussreichen amerikanischen Politik-Foren offen vertreten werden, stellt jedoch eine bedenkliche Entwicklung dar.

<sup>45</sup> Umfrage von ABC News/USA Today/BBC/ARD.

<sup>46</sup> Pepe Escobar, *We Build Walls, not Nations*, Asia Times, 24/04/2007, [http://www.atimes.com/atimes/Middle\\_East/ID24Ak01.html](http://www.atimes.com/atimes/Middle_East/ID24Ak01.html)

<sup>47</sup> Edward P. Joseph and Michael E. O’Hanlon, *The Case for Soft Partition in Iraq*, Saban Center Analysis Paper #12, Juni 2007, [http://www3.brookings.edu/fp/saban/analysis/june2007iraq\\_partition.pdf](http://www3.brookings.edu/fp/saban/analysis/june2007iraq_partition.pdf).

<sup>48</sup> Rivalitäten zwischen den beiden kurdischen Parteien PUK und KDP führten zwischen 1994 und 1996 zu einem inner-kurdischen Bürgerkrieg und zur de facto Teilung der kurdischen Region. Seit dem Sturz des Baath-Regimes arbeiten beide Parteien eng zusammen, um so das kurdische Gewicht im Staatsverband zu maximieren.

## Der „Surge“: Befreiungsschlag oder letztes Gefecht?

Zur Umkehr dieser deprimierenden Entwicklungen setzen die USA nun seit Jahresbeginn auf die Strategie des so genannten „surge“, eine signifikante Aufstockung der militärischen Kapazitäten zur Herstellung von Sicherheit insbesondere in und um Bagdad, die mit konzentrierten Anstrengungen zum Aufbau von Infrastruktur kombiniert werden soll. Parallel wurde der Druck auf die Regierung Maliki verstärkt, Fortschritte im Ausgleich mit anderen politischen Gruppen und institutionelle Reformen zu erreichen und die Präsenz und Glaubwürdigkeit der Regierung durch Infrastrukturmaßnahmen zu verbessern.

Nachfragen der Stiftungsdelegation in Washington im März 2007 zeigten jedoch, dass jenseits der militärischen Strategie Ratlosigkeit darüber herrscht, auf welchem Wege die amtierende Regierung befähigt werden soll, in kurzer Zeit dramatische Fortschritte auf Gebieten zu erreichen, in denen die bisherige Bilanz trostlos ist.<sup>49</sup> Mit dem Auszug der sunnitischen „Iraqi Accordance Front“ aus der Regierung Ende Juni hat die Maliki-Regierung bei einer der zentralen Herausforderungen – Einbindung gemäßiger Sunniten in den politischen Prozess – einen weiteren Rückschlag erlitten.<sup>50</sup>

Bereits im April hatte der parlamentarische Block des Schiitenführers Moqtada Al-Sadr seine Mitarbeit in der Regierung aufgekündigt. Es ist damit zweifelhaft, ob die derzeitige irakische Regierung noch die politische Kraft und Legitimation besitzt, Konflikte um explosive Fragen wie die Verabschiedung eines neuen Gesetzes über die Verteilung der Einnahmen aus Ölexporten oder das für Ende des Jahres angesetzte Referendum über den Status von Kirkuk durchzustehen. „The present description of the needed next steps as mundane and achievable “benchmarks” is a self-deluding fantasy on our part“ teilte die Präsidentin des Carnegie Endowment for International Peace Jessica Mathews dem Militärkomitee des Repräsentantenhauses in einer Anhörung am 18/07/07 mit.<sup>51</sup>

Militärexperten zweifeln schließlich auch an den Kapazitäten der irakischen Regierungstruppen, mögliche militärische Erfolge des „surge“ aus eigenen Kräften zu halten.<sup>52</sup> Unklar schließlich bleibt die langfristige politische Perspektive selbst für den Fall deutli-

<sup>49</sup> Flankierend zu knapp 30.000 Mann zusätzliches militärisches Personal (plus zivile Kontraktoren) wurden im Rahmen des „surge“ ca. 350 (!) zusätzliche zivile Experten budgetiert, deren Rekrutierung jedoch nur schleppend vorankommt (Konversation im United States Institute of Peace, 20/03/07).

<sup>50</sup> Tina Susman and Saif Hameed, *Sunni bloc quits Maliki Cabinet to protest investigation*, LA Times 30/06/07, abrufbar unter [http://www.contracostatimes.com/ci\\_6269885?source=most\\_viewed](http://www.contracostatimes.com/ci_6269885?source=most_viewed)

<sup>51</sup> [http://www.carnegieendowment.org/files/mathews\\_iraq\\_testimony1.pdf](http://www.carnegieendowment.org/files/mathews_iraq_testimony1.pdf)

<sup>52</sup> BBC, *Iraqis 'unable to hold US gains'*, 25/06/07, [http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle\\_east/6236066.stm](http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/6236066.stm).

cher Erfolge der Offensive.<sup>53</sup> „It is not clear what the US strategy is if the US does win in Baghdad, or how this will deal with the broader Iraqi civil-military struggle involving Arab Sunni vs. Arab Shi'ite, Shi'ite on Shi'ite, and Arab on Kurd. Capitalizing on an US success almost certainly would require at least five more years of major US civil-military advisory and aid efforts in Iraq and it is far from clear that the US Congress will give either the current or the next President the necessary time and resources.“<sup>54</sup>

## Rückzug oder Neubeginn?

Entsprechend sieht sich Präsident George Bush mittlerweile auch in der eigenen Partei unter Kritik. So bezeichnete etwa der republikanische Senator Richard Lugar die Erfolgsaussichten der Surge-Strategie als „ausgesprochen begrenzt“ und votierte für eine signifikante Reduktion des US-Engagements und die Beschränkung auf „diplomatische und ökonomische Mittel“.<sup>55</sup> Experten wie die Analysten der International Crisis Group befürworten dagegen ein radikales Umsteuern und die Integration bislang ausgegrenzter Gruppen (wie etwa die Gefolgschaft Moqtada Sadr oder sunnitische Aufständische), wenn Versuche zur Stabilisierung eine Chance haben sollen. „The answer to Iraq's horrific violence cannot be an illusory military surge that aims to bolster the existing political structure and treats the dominant political parties as partners (...) prolonging the same political process with the same political partners will ensure that what is left of the Iraqi state gradually is torn apart. The priority (...) is to confront the power structure established in the wake of the 2003 invasion, as well as the parties that now dominate it, by insisting on genuine political compromise and a more inclusive system.“<sup>56</sup>

In diesem Kontext erscheint bemerkenswert, dass trotz ethnisch/konfessionellen Gewaltakten und Säuberungen noch immer eine große Mehrheit (86 %) der irakischen Bevölkerung eine Teilung des Landes entlang ethnisch/konfessionellen Kriterien ablehnt und noch immer knapp 60 % der Gesamtbevölkerung einen Einheitsstaat mit einer zentralen Regierung in Bagdad bevorzugen.<sup>57</sup>

<sup>53</sup> Erste Zwischenbilanzen deuten auf einen neuerlichen Anstieg der Gewalt im Mai und Juni nach einem zwischenzeitlichen Rückgang zwischen Februar und April. In den letzten Wochen kam selbst die angeblich sichere „Grüne Zone“ von Bagdad mehrfach unter Beschuss.

<sup>54</sup> Anthony H. Cordesman, *Iraq's Troubled Future: The Uncertain Way Ahead*. Center for Strategic and International Studies, 13/04/07, [http://www.csis.org/component/option.com\\_csis\\_pubs/task.view/id.3835/type.1/](http://www.csis.org/component/option.com_csis_pubs/task.view/id.3835/type.1/).

<sup>55</sup> BBC, *Iraq: Debate on the Baghdad surge*, 03/07/07, [http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle\\_east/6262292.stm](http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/6262292.stm). Selbst ein ehemals enthusiastischer Befürworter des Irak-Krieges wie ex-UN Botschafter Kenneth Adelman schätzte die Erfolgsaussichten des „surge“ im März auf „vielleicht 10 %“ (Vortrag im Center for American Progress, Washington, 19/03/07).

<sup>56</sup> ICG, *Where is Iraq heading?*

<sup>57</sup> Umfrage von ABC News/USA Today/BBC/ARD.

Irakische Kritiker der nach 2003 etablierten Strukturen werfen der internationalen Koalition vor, durch ihre Präferenz für politische Vertreter konfessionell/ethnisch definierte Gruppen als Partner im Staatsaufbau die aktuellen Gegensätze erst erzeugt und die soziale Realität des Irak ignoriert zu haben: "Das derzeitige, von George Bushs Armee etablierte System basiert auf der Verteilung von Macht und Pfründen nach konfessionellen Kriterien. Wir haben es nicht mit einer "modernen" Demokratie zu tun, gegen die Millionen "rückständiger" Iraker revoltieren. Seit dem ersten Tag der Besetzung hat die Bush-Regierung den Irak als ein 'künstliches' aus drei distinkten, ethnisch/konfessionell definierten Gruppen zusammen gefügtes Gebilde beschrieben, das nur durch einen Pakt zwischen diesen Gruppen – über die Köpfe der Bürger hinweg – zusammengehalten werden könne. Sie haben ignoriert, dass sie es mit einer dynamischen, intensiv verwobenen Gesellschaft zu tun hatten, die eine totalitäre und extrem brutale Diktatur hinter sich hatte und Demokratie auf der Basis von Staatsbürgerschaft, gleichen Rechten und individueller Freiheit anstrebte."<sup>58</sup>

<sup>58</sup> Alaa Al-Lami, *Die Thesen des Thomas Friedman, die Logik des George Bush und die skandalöse Realität im Irak*, Al-Akhbar, 14/07/07, <http://www.al-akhbar.com/ar/node/39436> (Arabisch).

## 4. Länderbericht Syrien

Das Desaster der USA im Irak sowie das Scheitern der israelischen Versuche zur Ausschaltung der Hisbollah hat die Überlebenschancen des im Jahre 2005 schon von manchen Optimisten totgesagten syrischen Regimes deutlich verbessert. In den wichtigsten Konflikten der Region kann Syrien zur Lösung ebenso beitragen wie zur Eskalation, ohne dabei selbst direkt negative Rückwirkungen befürchten zu müssen und hat somit auf regionaler Ebene erhebliche Verhandlungsmasse gewonnen. Diese Konsolidierung (und das Nachlassen westlichen Drucks auf Demokratisierung) ermöglichen es dem Regime, seine Kontrolle über die Gesellschaft erneut zu intensivieren und innere Opponenten auszuschalten.

### Neues Selbstbewusstsein auf dem regionalen Parkett

Die bereits im Vorjahr beobachtete Stabilisierung des syrischen Regimes nach seinem zwischenzeitlichen Tiefpunkt Ende 2005 (Implizierung in die Hariri-Ermordung, politische Kehrtwende des langjährigen Vizepräsidenten Abdelhalim Khaddam, Proteste oppositioneller Intellektueller gegen die Libanonpolitik) hat sich seit dem Sommer 2006 weiter fortgesetzt. Außenpolitisch fühlt sich das Regime durch die militärischen Rückschläge Israels im Libanon,<sup>59</sup> die Probleme der USA im Irak und das vertiefte Bündnis mit Iran gesichert genug, um jeglicher Kooperation mit dem Internationalen Tribunal zur Aufklärung und Aburteilung des Hariri-Mordes eine klare Absage zu erteilen.<sup>60</sup>

Vorläufiger Höhepunkt des syrischen Comebacks war das Treffen von Außenminister Walid Al-Moallem mit Condoleezza Rice nach Jahren der Isolation auf der Irak Konferenz in Sharm El-Sheikh Anfang Mai. "The Syrian regime no longer feels weak and as its prospects of survival improve, its self-confidence is increasingly apparent."<sup>61</sup>

Berichte über geheime syrisch-israelische Verhandlungen über Eckpfeiler eines Friedensabkommens<sup>62</sup> haben Spekulationen geweckt, dass Syrien möglicherweise interessiert sein könnte, seine

<sup>59</sup> In einer Rede vor dem syrischen Journalistenverband bezeichnete Präsident Baschar Al-Assad den Krieg zwischen Hisbollah und Israel als Nagelprobe, die die Wahrheit über die Situation der arabischen Nation bloßgelegt und arabische Führer als "halbe Männer" entlarvt habe – eine Bemerkung, die allgemein als Seitenhieb auf die anfängliche Unterstützung der ägyptischen und der saudischen Führung für die israelischen Angriffe verstanden wurde. Siehe <http://www.sana.org/eng/21/2006/08/15/57835.htm>.

<sup>60</sup> Voice of America, *Syria, Hezbollah Condemn UN Vote to Establish Hariri Tribunal*, 31/05/07, <http://www.voanews.com/english/2007-05-31-voa51.cfm>.

<sup>61</sup> Rime Allaf, *Open for Business: Syria's Quest for a Political Deal*, Chatham House Middle East Programme Briefing Paper, July 2007, [http://www.chathamhouse.org.uk/publications/papers/download/-/id/513/file/10122\\_bp0707syria.pdf](http://www.chathamhouse.org.uk/publications/papers/download/-/id/513/file/10122_bp0707syria.pdf).

<sup>62</sup> Akiva Eldar, *Israeli, Syrian representatives reach secret understandings*, Haaretz 16/01/2007, <http://www.haaretz.com/hasen/pages/813817.html>

neu gewonnene regionale Statur und Einflussmöglichkeit an drei zentralen regionalen Konfliktpunkten (Palästina, Libanon, Irak) gegen einen vorteilhaften Friedensvertrag und verbesserte Beziehungen mit den USA einzuhandeln und als Teil eines solchen Handels auch das Bündnis mit Iran und der Hisbollah aufzugeben.<sup>63</sup> Es scheint jedoch zweifelhaft, ob eine solch grundsätzliche außenpolitische Umorientierung außerhalb einer umfassenden Friedensregelung in der Region erreicht werden kann, die auch eine neue und verlässliche Sicherheitsarchitektur für alle Beteiligten beinhalten müsste.

“The obsession with separating Syria and Iran, erratically translated into engaging with one of them at the expense of the other, is unfeasible while their security is not guaranteed on other fronts. As long as Syria and Iran feel they can maintain leverage by exploiting the situation in Lebanon or in Iraq, they will; furthermore, both countries recognize this leverage is stronger when they are united.”<sup>64</sup>

### Opposition am Ende, oder Neuanfang?

Innenpolitisch wurde die bereits im Frühjahr 2006 eingeleitete neue Repressionswelle gegen Oppositionelle und kritische Intellektuelle fortgesetzt und mit exemplarisch hohen Gefängnisstrafen unterstrichen. Die Wiederwahl des Präsidenten und die Parlamentswahlen im Frühsommer setzten die gewohnten Akklamationsmaschinen in Gang und führten selbst regimenaher Beobachter zu der Schlussfolgerung, dass „ein Staat mit echten Institutionen nach wie vor ein hehres Ziel ist, die Realität dagegen eine andere.“<sup>65</sup>

Oppositionskreise schätzten die Beteiligung bei den Parlamentswahlen“ (zwei Drittel der Sitze sind, ähnlich wie im Parlament der ehemaligen DDR, für Kandidaten der von der Baath-Partei dominierten „Nationalen Front“ reserviert) auf unter 10 %, offizielle Zahlen liegen bei 35 %. Eine solch geringe Beteiligung (im Gegensatz zu den generalstabsmäßig organisierten Präsidentenwahlen wenig später, bei denen offiziellen Zahlen zufolge die Wahlbeteiligung bei 95 % lag) läuft jedoch den Interessen des Regimes nicht unbedingt zuwider, da sich so auch das knappe Drittel der größtenteils handverlesenen „unabhängigen“ Abgeordneten auf keine politische Legitimation stützen kann<sup>66</sup> und die Reduzierung syrischer Politik auf den Kult des Präsidenten erleichtert wird.

<sup>63</sup> Aluf Benn, Shmuel Rosner and Barak Ravid, *PM: Assad wants talks, but only with Bush; Syria willing to rethink Iran ties*, UN says, Haaretz 12/07/07, <http://www.haaretz.com/hasen/spages/881383.html>.

<sup>64</sup> Allaf, *Open for Business*.

<sup>65</sup> Louay Safi, *Stabilität, Entwicklung und Staatssicherheit in Syrien*, Middle East Online, 12/06/07, <http://www.middle-east-online.com/?id=49043> (Arabisch).

<sup>66</sup> In der Vergangenheit hatten tatsächlich unabhängige Kandidaten wie der Geschäftsmann Riyad Seif auf der Woge öffentlicher Empörung über Korruption und Missmanagement Parlamentssitze gewonnen und in der Folge die Regierung durch bis dato unerhörte Forderungen – Transparenz für die Vergabe öffentlicher Aufträge und die Budgets einzelner Ministerien – in Verlegenheit gebracht.

Syrische Oppositionelle kommen einmütig zu dem Schluss, dass das Regime die sehr begrenzte Öffnung für „konstruktive Kritik“ der letzten Jahre und Ansätze zu Meinungsvielfalt endgültig beendet hat und die angespannte regionale Situation und das abschreckende Beispiel Irak zum Vorwand nimmt, erneut und kompromisslos jeden Widerspruch auszuschalten. „Die herrschende Elite ist weder zu Zugeständnissen noch zur Anerkennung von Vielfalt bereit und nutzt jedes Mittel, um die eigene Herrschaft zu sichern und zu befestigen. Alle Versprechen von Öffnung und Reform haben sich als leer erwiesen.“<sup>67</sup>

Solche Analysen weisen jedoch auch auf die inneren Schwächen der syrischen Opposition hin, wie etwa das Unvermögen, eine breite, auch nach innen demokratisch formierte Allianz zu bilden. „Was für ein demokratischer Anfang ist das, wenn einige der liberalen Strömungen sich selbst für die einzigen rechtmäßigen Vertreter der Demokratie halten, und für die einzige Kur für die chronischen Krisen des Landes?“<sup>68</sup>

Chronische interne Gegensätze und die oft fühlbare Isolierung der syrischen Auslandsopposition von den politischen Realitäten im Land führten auch schnell zur Diskreditierung und Auflösung des viel beachteten Bündnisses zwischen der säkularen Opposition und den Muslimbrüdern, seitdem letztere im Frühjahr 2006 ein Bündnis mit dem langjährigen Vizepräsidenten Abdelhalim Khaddam eingingen. „Khaddam’s merger with the Muslim Brotherhood to form the National Salvation Front has actually benefited the regime, as the two groups have destroyed each other’s prospects and credibility, rather than gaining mutual strength from such an unexpected union.“<sup>69</sup>

Vor allem aber hat „die Explosion der Situation im Irak in der syrischen Öffentlichkeit nachhaltige Furcht vor jeder Veränderung erzeugt, die nur schwer zu überwinden ist“<sup>70</sup> und die durch das Regime, unter Verweis auf die ethnische und religiöse Diversität des Landes, systematisch dazu genutzt wird, Forderungen nach Reform zu diskreditieren. (Selbst)kritisch verweisen oppositionelle Intellektuelle auf „die Fixierung der oppositionellen Elite auf die politische Macht“ hin und schlagen stattdessen eine Umorientierung in Richtung auf langfristige und nachhaltige innergesellschaftliche Demokratisierung vor. „Wir schlagen eine Strategie vor, die sich statt auf die Macht auf die Probleme der Gesellschaft konzentriert, Probleme von Arbeit, Arbeitslosigkeit und Armut, Erziehung, die Situation von Jugendlichen und Frauen,

<sup>67</sup> Akram Al-Bunni, *Syrien, es war einmal*, Al-Jazeera.net, 31/05/06, <http://www.aljazeera.net/NR/exeres/AA0E44C2-2BA0-4FAE-AF30-F629F61E6294.htm> (Arabisch).

<sup>68</sup> Akram Al-Bunni, *Die liberale Strömung in Syrien*, Al-Jazeera.net, 07/02/2006, <http://www.aljazeera.net/NR/exeres/E40CE58E-91B4-4D95-8162-D776611CD5A3.htm> (Arabisch).

<sup>69</sup> Allaf, *Open for Business*.

<sup>70</sup> Yassin Al-Hajj Salih, *Kritik der Politik: Von Reform und Wandel zu gesellschaftlicher Arbeit*, Al-Hayat 12/11/2006, abrufbar unter <http://www.arrace.com/modules.php?name=News&file=article&sid=15956> (Arabisch).

und besonders die Beziehungen zwischen den religiösen und ethnischen Gruppen (...) eine Konzentration auf die Prinzipien von Gerechtigkeit, Toleranz und Meinungsfreiheit.<sup>71</sup>

---

<sup>71</sup> Gleiche Quelle.

## Ausblick

In der Bilanz scheinen die Entwicklungen des letzten Jahres keinen Anlass zu großem Optimismus zu geben. Insbesondere die Entwicklung des Konflikts um iranische Nuklearpläne, ein endgültiges Auseinanderbrechen des Irak nach einem immer lauter diskutierten amerikanischen Rückzug und eine weitere Verschärfung der inneren Krisen im Libanon und Palästina beinhalten Potentiale einer fortgesetzt krisenhaften Entwicklung. Dennoch ist auch unter den derzeit ungünstigen Rahmenbedingungen festzuhalten, dass in den Staaten der Region weiterhin gesellschaftliche Kräfte (größtenteils aus der jüngeren Generation) auf Veränderung und innere Demokratie hinarbeiten. Solche Unterströmungen der Veränderung wahrzunehmen und – wo gewünscht und möglich – zu fördern und den langfristigen und geduldigen Aufbau eines demokratisch konstituierten öffentlichen Raumes zu begleiten bleibt die Herausforderung für Demokratieförderung in der Region, jenseits groß angelegter und publizierter Reformkonzepte. Versäumnisse auf diesem Gebiet begünstigen die Akkumulation von zusätzlichem sozialem Sprengstoff, der potentiell zum Auslöser neuer Krisen werden könnte. „Die Kosten für eine Fortdauer der derzeitigen Stagnation könnten erheblich sein (...) Eine weitere Verzögerung der Transformation vom Totalitarismus zur Demokratie könnte zur Explosion der aufgestauten Krisen, zum Zusammenbruch und zum Zerfall des Staates führen. Nur durch politische Reform und Öffnung und demokratische Praxis können unsere Gesellschaften die politische Reife erreichen, die zur Akzeptanz von Vielfalt und der Freiheit der anderen befähigt.“<sup>72</sup>

Auf internationaler Ebene hat das vergangene Jahr unterstrichen, dass Lösungen und Kompromisse für die zahlreichen Konflikte der Region nicht möglich sind, wenn und solange politisch einflussreiche und populär repräsentative Organisationen – Muslimbrüder, Hamas, Hisbollah, Sadr-Bewegung – von diesen Bemühungen ausgeschlossen bleiben. Ernsthafte Anstrengungen zu einer Demokratisierung der arabischen Gesellschaften könnten jedoch nach der Ansicht mancher Experten helfen, das Gewicht solcher Akteure zu reduzieren und die Isolierung tatsächlich kompromissunwilliger Gruppen erleichtern: „This growing radicalism is not only a result of Iranian influence; it has roots in real grievances, real problems in Arab societies that were ignored for too long. We need an agenda for positive change, for pluralism, something that provides people with an alternative to this radical ideology that is spread in the region by Hassan Nasrallah and others.“<sup>73</sup>

Schließlich ist einmal mehr deutlich geworden, dass unter den Bedingungen einer zunehmenden Verkettung der regionalen Konflikte isolierte Lösungsversuche auf einzelnen „Kriegsschauplätzen“ nur geringe Erfolgsaussichten haben. Ohne die Einleitung eines umfassenden Friedensprozesses im Nahen Osten, der zur Erarbeitung eines akzeptablen Ausgleichs und einer (erst unter dieser Bedingung möglichen) verlässlichen und international garantierten Sicherheitsstruktur in der Region führt, erscheinen die Aussichten in Palästina ebenso ungewiss wie am Persischen Golf. Die jahrelange Verschleppung dieses Prozesses hat ein solches Unterfangen erheblich kompliziert, ein weiterer Aufschub wird die Komplexität und den Umfang der Herausforderung nur vergrößern. Angesichts der erheblichen Beteiligung der westlichen Staatengemeinschaft am Zustandekommen der derzeitigen Situation kann kein Zweifel bestehen, dass die Verantwortung für ein solches Unternehmen vor allem in Washington, London und Brüssel liegt.

---

<sup>72</sup> Akram Al-Bunni, *Verteidigung der Demokratie*, Al-Hayat 24/06/07 (Arabisch).

<sup>73</sup> Konversation mit Demokratisierungs-Expertin Tamara Cofmann-Wittes, Brookings Institution, Washington, 21/03/07.